

Schriftliche Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Dennis Thering, Dr. Jens Wolf und Stephan Gamm (CDU)
vom 02.11.17**

und Antwort des Senats

Betr.: Fahrradstraßen an der Außenalster – Wie lauten die aktuellen Planungen für das „Bürgerforum“, die Scheffelstraße und den Bestand an Parkplätzen? (II)

Bei den öffentlichen Verkehrsausschusssitzungen im Bezirk Hamburg-Nord wurde der Unmut über die Fahrradstraßen-Planungen des rot-grünen Senats deutlich: Etliche Parkplätze fallen an der Außenalster weg, es gibt kaum Bürgerbeteiligung, der Verkehr wird in die Wohnstraßen gedrängt.

Aufgrund des Engagements von zahlreichen Anwohnern gab es beim Verkehrsausschuss des Bezirks Hamburg-Nord vom 4. Oktober 2017 die Zusage, „zeit- und ortsnah“ ein Bürgerforum durchzuführen, auf dem mit interessierten Bürgern die Planungen besprochen werden sollen.

Im vergangenen Monat hatten wir daher mit Drs. 21/10610 bereits den aktuellen Stand der Planungen vom Senat erfragt. Dieser räumte zwar ein, dass nach derzeitigem Stand rund um die Außenalster insgesamt 160 Parkplätze wegfallen sollen, spielte bei den Auskünften zum besagten Bürgerforum allerdings erkennbar auf Zeit. Demnach sei „eine abschließende Meinungsbildung hierzu (...) noch nicht erfolgt, da der Beschluss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord der zuständigen Behörde erst seit dem 13. Oktober 2017 vorliegt“. Seit dieser Senatsantwort sind mittlerweile über zwei Wochen vergangen. Der rot-grüne Senat sollte den Beschluss vom 4. Oktober 2017 daher endlich in die Tat umsetzen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

Für die Umsetzung der Alsterfahrradachsen ist ein Lenkungsgremium eingesetzt, von dem unter anderem auch festgelegt wird, in welcher Form eine Bürgerbeteiligung stattfindet. Im Übrigen siehe Drs. 21/10610, 20/14125 und 21/1974.

Im Übrigen hat der Senat in seiner Antwort zur Drs. 21/10610 bereits festgestellt, dass aus seiner Sicht eine ausreichende, dem Planungsobjekt angemessene Konsultation und Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen stattgefunden hat.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

1. *Wann und wo soll das oben genannte Bürgerforum stattfinden?*

2. *Wie wird der Senat beziehungsweise die zuständige Behörde auf das Bürgerforum aufmerksam machen? Wird der Senat beziehungsweise die zuständige Behörde beispielsweise auf eine Plakatierung und/oder Flyer an betroffene Haushalte zurückgreifen oder auf welche sonstigen Informationsmittel und -kanäle soll zurückgegriffen werden?*

Es gilt weiterhin die Aussage der Drs. 21/10610. Im Übrigen siehe Vorbemerkung.